

Vietnam

Schritte zu einer neuen Gesellschaftsform

Die Umwandlung von Staatsbetrieben in Kapitalgesellschaften

von Eberhard Knappe

Parteichef bestätigt Reform der Staatsbetriebe

Nach langen Spekulationen über den künftigen Kurs der vietnamesischen Wirtschaftspolitik, kam im Juni diesen Jahres endlich ein klares Wort. Parteichef Le Kha Phieu bekräftigte auf einer Arbeitssitzung mit dem Parteikomitee von Hanoi die Richtigkeit und Notwendigkeit der Reformen und forderte die Beschleunigung der Privatisierung. Er betonte, daß die Privatisierung Produktion und Handel vorantreibt, die ökonomische Entwicklung beschleunigt und mehr Arbeitsplätze für die Menschen und höhere Staatseinnahmen schaffen werde. Diese Stellungnahme des neuen Parteichefs ist deshalb bedeutend, weil in verschiedenen Berichten gerade Le Kha Phieu als »harter, konservativer Ideologe« dargestellt wurde, der sich auf die Werte der Partei und Nation bezieht, aber die »modernen, liberalen Regierungsmitglieder« bei ihren Reformbemühungen im Regen stehen läßt. Am 23. Juli vor einem internationalen Publikum von Botschaftern, Residenten internationaler Organisationen, vor Bankiers und Firmenrepräsentanten erläuterte der Parteichef die vietnamesische Politik und wiederholte seine Erklärung zur Privatisierung der Staatsbetriebe (state-owned-enterprises — SOE's).

Worum geht es?

Natürlich ist die Frage nach dem Eigentum an den Produktionsmitteln für eine kommunistische Par-

tei und einen sozialistischen Staat von entscheidender Bedeutung. Aber die ideologischen Fragen sind angesichts der gesellschaftlichen Probleme Vietnams und der Notwendigkeit, bezahlte Arbeit für die Menschen zu schaffen, in den Hintergrund getreten. Seit Anfang der 90er Jahren wurde die Zahl der Staatsbetriebe von über 12.000 auf 6.000 reduziert. Dabei wurden 3.000 Betriebe zusammengelegt und weitere 3.500 geschlossen. Bis zum Juni 1998 sind insgesamt 29 Betriebe privatisiert worden.

Die Hauptverwaltung für Staatsvermögensmanagement gab im Juli 1998 die Ergebnisse einer Untersuchung von 3.528 SOE's bekannt. Diese 59 Prozent aller Staatsbetriebe halten ein Kapital von 31.293 Milliarden VND, das sind 4,01 Milliarden DM oder 30,4 Prozent des Gesamtkapitals aller vietnamesischen Staatsbetriebe. Die Kapitaldecke von 60 Prozent aller SOE's ist mit fünf Milliarden VND (640.000 DM) sehr gering. 25 Prozent der Unternehmen sind mit einem Betriebskapital von unter einer Milliarde VND (128.000 DM) ausgestattet. Diese Betriebe haben große Schwierigkeiten ihre Produktion zu modernisieren, sich neue Märkte zu suchen oder mit anderen Anbietern zu konkurrieren. Das führt dazu, daß von den untersuchten Betrieben nur 1.301 (37 Prozent) effektiv, d.h. mit Gewinn arbeiten. 46,4 Prozent oder 1.634 haben zeitweilige Schwierigkeiten und 588 (16,6 Prozent) arbeiten ineffizient, d.h. der Staat muß für die Verluste der Unternehmen zahlen.

Arbeitsplätze sind das Ziel

Obwohl relativ viele Mittel in die Staatswirtschaft abfließen und an anderen Stellen fehlen, liegt die Arbeitslosigkeit nach Angaben von Parteichef Le Kha Phieu bei sechs Prozent, das sind 2,6 Millionen von 38 Millionen im erwerbsfähigen Alter. Zu dieser Zahl müssen sicherlich noch drei bis vier Prozent ArbeiterInnen in SOE's dazugerechnet werden, die zeitweilig unbezahlt freigestellt sind. Im ersten Halbjahr 1998 wurden 92.300 ArbeiterInnen von 1.546 SOE's freigesetzt. Zur gleichen Zeit wurden 6.505 ArbeiterInnen von 148 FIE's (foreign-invested-enterprises) entlassen. Das Ministerium für Arbeit, Kriegsinvaliden und soziale Wohlfahrt (MOLISA) erwartet mindestens 26.200 weitere Entlassungen noch in diesem Jahr. MOLISA sieht die Arbeitslosigkeit gegenwärtig bei sieben bis acht Prozent in den Städten und auf dem Land noch wesentlich darüber. Dort kommt noch eine Unterbeschäftigung bei großen Teilen der Bevölkerung hinzu. Um die Arbeitslosigkeit in den Städten auf fünf Prozent zu drücken und auf dem Land 75 Prozent Vollzeit Arbeitsplätze zu erreichen, müssen zwischen 1998 und dem Jahr 2000 jährlich 1,2 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, davon 700.000 auf dem Land. Parteichef Le Kha Phieu betonte deshalb: »Mehr Arbeitsplätze sind von äußerster Bedeutung, weil sie die

Der Autor ist Doktorand der Politik am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin.

Schere zwischen arm und reich und zwischen Stadt und Land schließen können.«

Die Ergebnisse der Privatisierungen lassen hoffen

Die Prozeduren der Privatisierung haben sich bisher als langwierig, durchschnittlich 27, manchmal aber auch 79 Monate, und schwierig erwiesen. Die ersten Hürden waren die Antragstellung und Klassifizierung als ein Unternehmen, das privatisiert werden darf. Die Bewertung des Betriebsvermögens, die Einschätzung des Maschinenparks sowie Fragen der Abwicklung von Verbindlichkeiten und das Abdecken von aufgelaufenen Verlusten, stellten die wohl größten Hindernisse dar, zumal es für viele Fragen keine eindeutigen Regelungen gab. Auch an wen wieviel Prozent der Staatsbetriebe veräußert werden dürfen, war lange Zeit unregelt und machte die Schritte in eine neue Gesellschaftsform nicht leichter.

Für die eigentlich begünstigten MitarbeiterInnen war dies alles nicht oder nur schwer durchschaubar. Dabei spielten für die MitarbeiterInnen auch Fragen nach den Renten in zukünftig privaten Unternehmen eine Rolle. Bei einem Bankrott eines privaten Betriebes würden sie nicht nur ihren möglichen Gesellschafteranteil verlieren. Viel wichtiger war die Frage, wer dann für die Rentenansprüche geradestehen soll. Trotz dieser Schwierigkeiten hat sich die Pri-

vatisierung der ersten 29 Staatsbetriebe als wirtschaftlicher Erfolg gezeigt. Einige Betriebe haben nicht nur das Betriebskapital in den Jahren 1995 bis 1997 um das 2½- bis Zehnfache gesteigert, auch die Mitarbeiterzahl ging erheblich nach oben. Die positiven Bilanzen gerade bei der Zahl der Arbeitsplätze und bei der Ausweitung der Geschäftstätigkeit werden von vietnamesischen Offiziellen besonders hervorgehoben.

Privatisierung soll beschleunigt werden

Das Dekret 44/1998 ND-CP wird in der Presse als der Durchbruch bei der Privatisierung von Staatsbetrieben bewertet. Soziale und wirtschaftliche Rechtspersonen, vietnamesische Bürger, Überseevietnamesen und ausländische Residenten in Vietnam können Anteile an zu privatisierenden Unternehmen erwerben. Alle SOE's, mit Ausnahme des öffentlichen Dienstes, des Verteidigungs- und Sicherheitsbereiches sowie Betriebe unter Staatsmonopol, die z.B. Sprengstoff herstellen, mit giftigen Chemikalien arbeiten, radioaktive Substanzen produzieren oder nationale bzw. internationale Kommunikationsnetze betreiben, können privatisiert werden. Vier Formen der Umwandlung sind nach dieser Verordnung vorgesehen: Der Verkauf von zusätzlichen Anteilen zur Kapitalerhöhung, Verkauf von Teilen des Staatsbetriebes, Ausgliederung von Unternehmensteilen zum Verkauf und

Verkauf aller Staatsanteile zur Umwandlung des Betriebes in eine Kapitalgesellschaft. Das Dekret gibt ebenfalls die Obergrenzen für den Erwerb von Anteilen durch unterschiedliche Käufer vor. Genannt sind auch die Privilegien für Käufer und die dann privatisierten Unternehmen. Dazu gehören vergünstigte Anteile für die MitarbeiterInnen sowie Halbierung der Einkommens- und Gewinnsteuern.

Pläne

Der Zentralrat für die Privatisierung von Staatsbetrieben teilte mit, daß neben den bisher 29 privatisierten noch 200 Betriebe (etwa drei Prozent) zur Privatisierung registriert sind. Im Jahr 1998 sollen nach Angaben des Finanzministeriums 178 Umwandlungen durchgeführt werden, obwohl erst 95 SOE's Schritte dazu unternommen haben. 1999 sollen es 328 Umwandlungen werden. Von den 506 Betrieben sind 51 aus dem Bereich des Ministeriums für Landwirtschaft ausgewählt worden. Aus Ho Chi Minh Stadt sind 80 Betriebe und aus Hanoi 68 für die Privatisierung in den nächsten zwei Jahren vorgesehen. Wieweit die Vorstellungen in Vietnam bei diesem Thema noch auseinander klaffen, zeigen die unterschiedlichen Zahlen der mit der zukünftigen Privatisierung befaßten Institutionen. Das Finanzministerium denkt über die Privatisierung von 50 Prozent aller Staatsbetriebe nach, während Provinzen und Städte bis zum 31. Juli Vorschläge für 3.380 SOE's vorgelegt haben. 1.768 sollen erhalten bleiben und 408 zusammengelegt werden aber auch Staatsbetriebe bleiben. 768 sollen in Kapitalgesellschaften umgewandelt, 45 an die ArbeiterInnen verkauft und 53 an die Belegschaft übergeben werden. 120 haben noch ausreichend Kapital, um abgewickelt zu werden, während 58 für bankrott erklärt werden sollen. So dringlich die Fragen der Privatisierung der Staatsbetriebe auch erscheinen, eine Zahl aus den letzten Jahren sollte jeder bei der Bewertung im Kopf behalten: die Anzahl der Staatsbetriebe in Ho Chi Minh Stadt nahm von 1995 bis 1998 von 685 auf 709 zu.



Der Direktor eines privaten Waschmittelherstellers

aus: FEER v. 12.3.1998, S. 52